

PROTEST BÜRGERINITIATIVE WIRFT GESELLSCHAFT FÜR ABFALLBEHANDLUNG PROFITDENKEN VOR

„Das bezahlen wir mit unserer Gesundheit“

Kritik an Ausbauplänen der Müllverbrennungsanlage in Tornesch-Ahrenlohe: umweltmedizinisches Gutachten gefordert.

Burkhard Fuchs
Ellerhoop/Tornesch

In einem offenen Brief an den Kreistag wendet sich die „Bürgerinitiative für aktiven Umweltschutz Ellerhoop“ erneut gegen die Erweiterungspläne der Müllverbrennungsanlage in Tornesch-Ahrenlohe. „Der Kreis Pinneberg kommt seiner

Verantwortung für Vorsorge und Gestaltung nicht nach“ und „stellt Profitdenken über die Gesundheit der Bevölkerung“, urteilt BI-Sprecher Reimer Schuld und fordert ein umweltmedizinisches Gutachten, um die Belastung für die Anwohner der MVA richtig einschätzen zu können.

So plant der MVA-Betreiber, die Gesellschaft für Abfallbehandlung (GAB), die Verbrennungskapazität bis 2015 von 80 000 auf 280 000 Tonnen zu erweitern. 115 Millionen Euro sollen investiert werden, so GAB-Chef Gerd Doose, der in der vorigen Woche den Genehmigungsantrag eingereicht

hat. Seit November werden die Immissionen in den Boden von Schwermetallen, Dioxinen und Feinstäuben ein halbes Jahr lang gemessen. Die Ergebnisse ließen in ein Vorbelastungsgutachten.

Das reicht den Ellerhoopern nicht. Vor allem in den ersten 14 Jahren ihres Betriebes sei die MVA eine Dreckschleuder gewesen, weist Schuld auf die Zeit bis 1987 hin, bevor die Rauchgasfilteranlage installiert wurde. Bei 1,4 Millionen Kubikmetern Abgasausstoß pro Tag und 300 Nanogramm (Milliardstel Gramm) Dioxinen und Furanen je Kubikmeter Abluft seien in dieser Zeit so

2,1 Kilogramm von „diesen Supergiften“ freigesetzt worden. Schuld: „Das hat Seveso-Qualität. Diese Menge reicht aus, um Millionen Menschen schwer erkranken zu lassen.“

Darum, und weil die GAB-Führung sowie die Kreisverwaltung sich bis heute weigerten zuzugeben, dass die kreiseigene MVA „maßgeblich zur Dioxin-Belastung beigetragen hat“, müsse ein humantoxikologisches Gutachten her, fordert Schuld. Dieses solle über ein Jahr abklären, welche Vorbelastung es gibt und ob dieser Region „dieser zusätzliche Verkehr und diese Abgase überhaupt zumutbar sind“.

Schuld: „Die Rechnung aus dieser maßlosen Erweiterung und dem Mülltourismus müssen wir alle mit unserer Gesundheit bezahlen.“ Die Tourismusaspekte für den Kreis Pinneberg würden so „ad absurdum“ geführt.

Doose: „Der Kreis hat festgestellt, dass die MVA nicht Ursache für die festgestellte Dioxinbelastung war.“ Er betont: „Wir halten die Grenzwerte ein und werden eine einstufige Filteranlage nach dem neuesten Stand der Technik einbauen. Eine mehrstufige Filteranlage, wie von der BI gefordert, würde zehn Millionen Euro zusätzlich kosten.“